

Hauptantrag

Antrag an die...

Initiator_nnen: Erweitertes Landesteam Vorarlberg (beschlossen am: 13.09.2018)

Titel: Pläne für ein neues Vorarlberg

1 Pläne für ein neues Vorarlberg

2 Leitlinien liberaler Politik für s'Ländle

3 Präambel

4 Vorarlberg ist ein wunderschönes Land. Wir sind stolz auf diese unsere Heimat.

5 Wir bekennen uns zu einem selbständigen Vorarlberg als Teil eines föderalen
6 Bundesstaates Österreichs.

7 Wir bekennen uns zur Integrität unserer Umwelt und Natur: Sie zu schützen und
8 für die nächsten Generationen zu erhalten, ist unser Auftrag.

9 Wir bekennen uns zu den Grundsätzen Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit,
10 Nachhaltigkeit und zur sozialen Ordnung - sie stellen die höchsten Güter unserer
11 Gesellschaft dar. Dem Ziel, sie zu wahren und weiterzuentwickeln, sind wir
12 verpflichtet.

13 Wir bekennen uns zu den Stärken unseres Landes: Bescheidenheit, Sparsamkeit und
14 eine unbändige „Schaffermotivität“ zeichnen seine Bewohner_innen aus.

15 Wir bekennen uns zur Landespolitik: Sie ist der Ort, wo wir uns ausmachen, wie
16 wir gut miteinander leben.

17 Niemand kann das für uns Vorarlberger_innen besser festlegen, als wir
18 Vorarlberger_innen selbst.

19 **Demokratie & Verwaltung**

20 Für viele Bürger_innen beschränkt sich ihr politisches Engagement auf die
21 Stimmabgabe bei Wahlen. Direktdemokratische Möglichkeiten zur Mitbestimmung sind
22 selten und Bürger_innenbeteiligungen werden oft nur als Deckmantel verwendet,
23 ohne die Anliegen und Bedürfnisse der Bürger_innen ernst zu nehmen.

24 Demokratische und kontrollpolitische Defizite ziehen sich auch durch die
25 Gemeinden. Die Macht mancher Bürgermeister_innen scheint uneingeschränkt und die
26 fehlende Einsicht in komplexe politische Aufgaben reduziert das Vertrauen der
27 Bürger_innen noch weiter. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass Bürger_innen
28 sich zu wenig als Teil der Politik sehen und der Eindruck einer politischen
29 Elite entsteht. Es gibt zu wenige Politiker_innen für eine beschränkte Dauer aus
30 der Zivilgesellschaft und immer mehr Politiker_innen, die von ihrem Beruf
31 abhängig sind. Dadurch fehlt der frische Blick von außen und wesentliches
32 Knowhow aus allen Teilen der Gesellschaft.

33 Die Verwaltung dient oft nicht den Bürger_innen, sondern der Politik. Die
34 Öffentlichkeit bzw. Zivilgesellschaft ist oftmals von Informationsflüssen und
35 damit auch von politischer Teilhabe ausgeschlossen. Es werden intransparente
36 Tintenburgen geschaffen, die unnötige Kosten verursachen und zu Frustration der
37 Bürger_innen führen. Verwaltung und Politik sind auch noch nicht im 21.
38 Jahrhundert angekommen und verweigern sich in den meisten Fällen neuen
39 Technologien.

40 Die Landesregierung gibt das Geld der Steuerzahler_innen ineffizient aus, stopft
41 verdeckt über verschiedene Finanzströme Budgetlöcher und erhält bewusst
42 Doppelstrukturen aufrecht. Förderungen fließen in unserem Land mithilfe
43 fragwürdiger Konstruktionen ohne Wissen der Öffentlichkeit und ohne ausreichende
44 Kontrolle. Ein wesentliches Grundübel dabei ist neben unzureichenden
45 Kontrollinstrumenten, eine Form des Föderalismus, die Länder und Gemeinden ohne
46 Einnahmenverantwortung Geld ausgeben lässt.

47 Wie können wir diese Herausforderungen lösen?

48 **Einbindung von Bürger_innen**

49 Politik ist der Ort, an dem wir uns ausmachen, wie wir gut miteinander leben.
50 Deshalb ist unser Ziel, die Interessen der Bürger_innen bestmöglich einfließen
51 zu lassen. Wir wollen mehr politische Teilnahmemöglichkeiten für alle
52 Bürger_innen. Vorarlberg soll zum direktdemokratischen Vorreiter in Österreich
53 werden und damit neue Maßstäbe in der Bürger_innenbeteiligung setzen. Gerade auf
54 Gemeindeebene erleben Bürger_innen Entscheidungen unmittelbar, weshalb dort
55 Bürgerentscheide verstärkt zum Einsatz kommen sollen. Wichtig dabei sind
56 objektive Informationsmöglichkeiten und die Etablierung von Bürgerforen zur

57 permanenten Einbindung von Bürger_innen. Diese müssen eine wesentliche Plattform
58 zur Entscheidungsfindung auf Gemeindeebene werden.

59 **Verantwortungsbewusste Gemeinden**

60 Es bedarf grundsätzlicher und permanenter Evaluierungen der Zuständigkeiten der
61 Gemeinden. Wesentlich für eine bessere Aufgabenverteilung bzw. -erfüllung und
62 zur Schonung der Steuerzahler_innen ist die Etablierung der Steuerhoheit für
63 Länder und Gemeinden. Ein verantwortungsvoller Föderalismus erfordert eine
64 Zusammenführung der Einnahmen- und Ausgabenhoheit, um damit auch ein Bewusstsein
65 für anfallende Kosten zu schaffen.

66 Auf Gemeindeebene dürfen Investitionen in bestimmter Höhe nur nach Genehmigung
67 durch die Bevölkerung getätigt werden können. Damit werden Bürger_innen die
68 Kosten verschiedener Investitionen zusätzlich bewusst, was zu einem sparsameren
69 Umgang mit Steuergeld führt. Aber auch die professionelle Begleitung bei
70 größeren Investitionssummen etwa durch den Landesrechnungshof ist ein
71 Instrument, um Ausgaben im Rahmen zu halten. Dazu ist eine entsprechende
72 personelle Ausstattung des Landesrechnungshofes entscheidend. Bei ausgelagerten
73 Gesellschaften und öffentlichen Unternehmungen sollen unabhängige
74 Wirtschaftsprüfer_innen den sorgsam Umgang mit öffentlichen Mitteln regelmäßig
75 sicherstellen.

76 **Verstärkte Gemeindekooperationen**

77 Wo Zusammenarbeit sinnvoll ist, soll verstärkt auf Gemeindekooperationen gesetzt
78 werden, was vom Land anzuregen ist. Auch die Zusammenlegung der
79 Gemeindeverwaltung, ohne Aufgabe der politischen Selbstbestimmung der Gemeinden,
80 soll möglich sein. Schlussendlich müssen auch Gemeindezusammenlegungen möglich
81 sein, sofern dies von den betroffenen Bürger_innen gewünscht ist. Bei der
82 Verschiebung von verschiedenen Aufgaben hin zu Gemeindeverbänden und
83 Regionalplanungsgemeinschaften ist wesentlich, dass die demokratische
84 Legitimation in diesen Gemeinschaften vorhanden ist bzw. ausgebaut wird.

85 **Amtszeitbeschränkungen**

86 Um einen besseren (personellen) Austausch zwischen Bürger_innen und Politik zu
87 erreichen, sind Amtszeitbeschränkungen ein wichtiges Instrument. Deshalb sollte
88 die Tätigkeit von gewählten Funktionsträger_innen im selben Gremium auf 15 Jahre
89 – in Regierungsämtern auf 10 Jahre – beschränkt werden. Damit kann man
90 Abhängigkeitsverhältnisse in der Politik reduzieren. Ein kontinuierlicher
91 personeller Austausch ist unumgänglich, um die Repräsentanz der Bürger_innen zu
92 stärken.

93 **Politik für die Bürger_innen**

94 Verwaltung und politische Entscheidungsträger_innen haben grundsätzlich den
95 Bürger_innen zu dienen. Die Verwaltung muss sich als Dienstleister für die

96 Bürger_innen verstehen und hat dementsprechend serviceorientiert und transparent
97 aufzutreten. Gleichzeitig sind Politik und Verwaltung zu Sparsamkeit
98 aufgefordert. Neben der effizienten Verwendung von Steuermitteln sind ein
99 ausgeglichenes Budget und damit der Abbau von Schulden ein wesentliches Ziel, um
100 langfristig die Finanzierbarkeit zukünftiger Herausforderungen sicherzustellen.

101 **Vertrauen in die Politik**

102 Informationsfreiheit – und damit ein Ende des Amtsgeheimnisses – ist ein
103 wesentliches Instrument zur Kontrolle der Verwaltung. Die Politik und die
104 Entscheidungsfindungen müssen transparenter und verantwortungsbewusster agieren,
105 um das Vertrauen in das politische Handeln zu erhöhen. Öffentliche
106 Entscheidungsfindungen und Politiker- sowie Amtshaftungen tragen dazu bei,
107 dieses Ziel zu erreichen.

108 **Klare Regeln für transparente Förderungen**

109 Um verdeckten Quersubventionen und Intransparenz bei Förderungen
110 entgegenzuwirken, braucht es klar Regeln. Es soll nicht mehr möglich sein, Geld
111 unkontrolliert und im Geheimen, beispielsweise über ausgelagerte Gesellschaften,
112 fließen zu lassen. Sämtliche Förder- und Subventionsentscheidungen sollen
113 veröffentlicht werden, um Mauscheleien und Freunderlwirtschaft zu unterbinden.

114 **E-Governance**

115 Die Verwaltung und Politik müssen neue technologische Möglichkeiten nützen und
116 diese für die eigenen Arbeitsabläufe im Sinne der Bürger_innen verwenden. Die
117 Vorarlberger Politik muss deshalb E-Governance zu einem Grundsatz erheben, um
118 damit noch bürgernäher und effizienter zu werden. E-Governance spart Zeit, Geld
119 und der damit verbundene Umstieg auf eine papierlose Verwaltung schont die
120 Umwelt.

121 **Bildung & Gesellschaft**

122 Bildung ist der Schlüssel für mündige Bürger_innen und eine lebhafte und
123 wehrhafte Demokratie. Sie ermöglicht die Interaktion und Auseinandersetzung mit
124 und in der Gesellschaft und ist entscheidend für die kulturelle Vielfalt,
125 Chancengerechtigkeit, aber auch den wirtschaftlichen Erfolg eines
126 Wirtschaftsstandorts. Leider konzentriert sich die Bildungspolitik in Vorarlberg
127 auf prestigeträchtige Überschriften, ohne dabei die Bildungsstandards und die
128 Qualität zu steigern. Im Kompetenzgerangel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden
129 kommt vor allem eines viel zu kurz: Das Wohl unserer Kinder.

130 Die besten Bildungs- und pädagogischen Konzepte entstehen nicht in Büros im
131 Landhaus, sondern in den Vorarlberger Klassenzimmern und Schulen. Zu oft
132 herrscht in der Bildungspolitik zentralistische Planung vor und lässt zu wenig
133 Spielraum für Eigeninitiative im Unterricht. Dadurch werden Innovationen
134 aufgehalten und es leidet die Motivation der Lehrer_innen darunter, denn diese

135 wissen doch am besten wie erfolgreicher Unterricht aussehen kann. Zusätzlich
136 demotiviert eine zersplitterte Lehrerbildung engagierte Lehrkräfte bereits
137 von Anfang an. So lässt das Land einen seiner wichtigsten Berufe ohne
138 entsprechende Wertschätzung zurück.

139 Ein großes Problem der Bildungspolitik ist, dass sie sich rein auf Schulen
140 konzentriert und Kinderbetreuungseinrichtungen vernachlässigt. Gerade letztere
141 sind sehr wichtig, um allen Kindern gute Chancen in ihrem Leben zu ermöglichen.
142 Gleichzeitig endet die Bildungslaufbahn nicht mit dem Ende der Schulpflicht oder
143 einer Matura. Unzureichende Hochschulangebote zwingen junge Köpfe das Land zu
144 verlassen. In einer Zeit, die von einer längeren Erwerbslaufbahn,
145 Digitalisierung und steigender Flexibilität gekennzeichnet ist, ist lebenslanges
146 Lernen ein Muss. Die Bildungspolitik muss sich außerdem viel stärker um die
147 Anpassungsfähigkeit an neue technologische Entwicklungen kümmern, um im 21.
148 Jahrhundert anzukommen.

149 Unsere Gesellschaft braucht eine kritische Auseinandersetzung mit sich selbst.
150 Diese lebt einerseits von einer vielfältigen Kunst- und Kulturszene, andererseits
151 auch von gesellschaftlicher Diversität. Diversität wird auch durch Zuwanderung
152 hervorgerufen, die sehr oft negativ verortet und gesehen wird. Eine
153 fehlgeleitete Integrationspolitik, die nicht ausreichend fördert und fordert,
154 kann zu Parallelgesellschaften führen und soziale Exklusion ermöglichen.

155 Wie können wir diese Herausforderungen lösen?

156 **Chancengerechtes und zukunftsorientiertes Bildungssystem**

157 Der Zugang zu Bildung muss unabhängig von sozialem, kulturellem oder
158 wirtschaftlichem Hintergrund allen Menschen, die in Vorarlberg leben, von Anfang
159 an zur Verfügung stehen. Nur so können wir gewährleisten, dass alle Menschen,
160 die in Vorarlberg sind, ihr Leben unabhängig und selbstbestimmt leben können.
161 Dafür ist es wichtig, dass Bildung mehr ist als die formale Schulbildung. Sie
162 umfasst auch die Elementarpädagogik, die Hochschulbildung sowie lebenslanges
163 Lernen.

164 Ein chancengerechtes und zukunftsorientiertes Bildungssystem lebt von
165 Innovationen und einer ständigen Weiterentwicklung. Gerade die Debatten der
166 letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass der Versuch Türschilder bei Schulen
167 auszutauschen, das Niveau oder den Unterricht kaum beeinflusst. Viel wichtiger
168 ist in diesem Zusammenhang, was in den Klassenzimmern passiert. Deshalb ist für
169 uns klar, dass Bildungsinnovationen nicht von oben herab vorgegeben werden
170 können, sondern von unten – vom Klassenzimmer, von den Schulen selbst – wachsen
171 müssen. Gerade in den Schulen erkennen die Lehrer_innen die Bedürfnisse der
172 Schüler_innen und die Notwendigkeiten für einen individuellen, gelungenen und
173 zielgerichteten Unterricht am besten. Für die Schüler_innen ist nicht das
174 Türschild einer Schule entscheidend, sondern wie und was unterrichtet wird.
175 Schulautonomie darf kein Schlagwort sein, sondern muss/soll gelebte Praxis
176 werden. Zentral dabei ist, dass es gemeinsame Ziele und Ausbildungsstandards
177 gibt, die alle Schüler_innen erreichen müssen. Die Wege zu diesem Ziel können
178 allerdings so verschieden sein, wie die Schüler_innen selbst. So kann ein

179 Wettbewerb der besten pädagogischen Konzepte ermöglicht werden.

180 **Attraktive Ausbildung für Lehrer_innen**

181 Ausschlaggebend für die besten Bildungschancen unserer Kinder sind neben einer
182 Ausstattung, die modern und technologisch am neuesten Stand ist, natürlich die
183 Lehrer_innen selbst. Im Zentrum muss hier eine qualitätsvolle Ausbildung stehen.
184 Es muss sichergestellt werden, dass insbesondere für den Pflichtschulbereich
185 eine Ausbildung in Vorarlberg attraktiv ist. Dies gelingt nur mit einer
186 entsprechend ausgestatteten Pädagogischen Hochschule. Damit kann auch einem
187 drohenden Lehrermangel frühzeitig und effektiver entgegengewirkt werden. Durch
188 mehr Schulautonomie haben Lehrer_innen die Möglichkeit, mehr Wertschätzung zu
189 erhalten. Denn entscheidend für Lehrpersonen und ihre Anerkennung ist, dass sie
190 ausreichende Möglichkeiten haben den Unterricht selbst gestalten zu können.

191 **Bessere Anpassungsfähigkeit von Schulen**

192 Gesellschaftliche Veränderungen müssen auch einfacher im Unterrichtsalltag und
193 der Schulorganisation einziehen können. Schlagworte wie Digitalisierung oder der
194 verschränkte ganztägige Unterricht, müssen an den Schulstandorten flexibler
195 untergebracht werden. Dabei geht es nicht nur um damit verbundene Veränderungen
196 im Unterricht, sondern auch um die Anpassungen in der Schulinfrastruktur.

197 **Chancengerechte Bildung und lebenslanges Lernen**

198 Der Grundstein für Chancengerechtigkeit und den langfristigen Bildungserfolg von
199 Kindern wird vor allem im Bereich der Frühpädagogik gelegt.
200 Kinderbetreuungseinrichtungen sind mehr als nur „Aufbewahrungsstätte“ für
201 Kinder, deren Eltern berufstätig sind. Dennoch ermöglichen sie die Vereinbarkeit
202 von Familie und Beruf für Eltern in Vorarlberg. Sie tragen damit nicht nur zu
203 mehr Chancengerechtigkeit für Kinder verschiedener sozialer Hintergründe bei,
204 sondern helfen auch, die Gleichstellung von Frau und Mann am Arbeitsmarkt
205 voranzutreiben.

206 Genauso wie Bildung nicht erst mit dem Schulbesuch beginnt, endet sie auch nicht
207 danach. Gerade im Hochschulbereich kann Vorarlberg durch die Nähe zu umliegenden
208 renommierten Hochschulstandorten profitieren. Mit entsprechenden Kooperationen
209 könnte Vorarlberg auch verstärkt Akademiker_innen und Fachkräfte für den
210 Vorarlberger Wirtschaftsstandort gewinnen. Diese Kooperationen können als
211 Startschuss für eine Weiterentwicklung des Hochschulstandortes Vorarlberg
212 dienen. Ein rasanter technologischer Wandel und die Digitalisierung bedürfen
213 aber nicht nur entsprechender Fachkräfte, sondern stellen auch eine
214 Herausforderung für alle Vorarlberger_innen dar. Lebenslanges Lernen und der
215 Umgang mit neuen Technologien müssen stets im Zentrum stehen, um diesen
216 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel zum Wohle aller Bürger_innen zu
217 gestalten.

218 **Kunst und Kultur**

219 Nicht nur formale Bildung ermöglicht die kritische Auseinandersetzung mit der
220 eigenen sozialen Umgebung, sondern auch Kunst und Kultur sind entscheidende
221 Ventile dafür. Die Notwendigkeit öffentlicher Förderungen steht dabei außer
222 Frage, allerdings dürfen diese kulturellen und sozialen Weiterentwicklungen und
223 gesellschaftlichen Trends nicht im Weg stehen. Neben der Befassung mit der
224 eigenen kulturellen Identität und Geschichte (volkstümliche Kunst und Kultur)
225 müssen auch kritische Herangehensweisen und gesellschaftskritischer Diskurs
226 möglich sein.

227 **Integration beginnt mit der Sprache**

228 Eine demokratische und liberale Gesellschaft achtet die Individualität der
229 Bürger_innen, doch braucht auch diese einen inneren Zusammenhalt. Die
230 Integration neuer Bürger_innen in diese Gesellschaft ist deshalb eine gemeinsame
231 Aufgabe. Dabei ist Sprache das wesentliche Mittel zum Ausdruck und zur Teilhabe
232 an der Gesellschaft. Diese Kommunikationsfähigkeiten müssen nicht nur gefördert,
233 sondern auch eingefordert werden. Ebenso die Toleranz und Akzeptanz einer
234 offenen, liberalen Demokratie. Als Teil einer Gesellschaft anerkannt und
235 aufgenommen zu werden, bedeutet die gesellschaftlichen Gepflogenheiten zu
236 akzeptieren.

237 Die Aneignung der deutschen Sprache ist deshalb als eine Verpflichtung zu sehen,
238 um Teil der Gesellschaft zu werden. Dies ist nicht nur von Menschen, die neu
239 nach Vorarlberg kommen einzufordern, sondern auch von Menschen die bereits in
240 darauffolgender Generation im Land sind. Insbesondere Kinder mit nicht-deutscher
241 Muttersprache müssen in ihrer sprachlichen Entwicklung gefördert und gefordert
242 werden, ohne sie deshalb von anderen Kindern zu separieren. Zuwanderung bedingt
243 aber nicht nur eine gesellschaftliche Integration sondern auch die Einordnung in
244 unseren Arbeitsmarkt, um auch langfristig den Zugang zum Wohlfahrtsstaat zu
245 rechtfertigen. Die Möglichkeiten sich am Arbeitsmarkt einzubringen, muss ohne
246 unnötige Hürden möglich sein.

247 **Soziales**

248 Starke und nachhaltig abgesicherte soziale Netze sind die Grundpfeiler einer
249 funktionierenden Gesellschaft. Sie lassen die gesellschaftliche Teilhabe zu,
250 sind Ergebnis und zugleich eine Notwendigkeit eines hohen Lebensstandards und
251 Wohlstandes. Demographische Entwicklungen und gesellschaftliche Veränderungen
252 setzen diese Systeme jedoch unter Druck und zeigen immer deutlicher
253 Fehlkonstruktionen auf, die behoben werden müssen, um diese sozialen Netze
254 langfristig zu sichern.

255 Die Systeme der sozialen Sicherheit setzen oft viel zu spät an und sind darauf
256 fokussiert, soziale und gesundheitliche Probleme zu lindern, nicht aber diese
257 schon frühzeitig zu verhindern. Prävention ist in vielen Bereichen ein
258 Fremdwort. Damit wird den Bürger_innen doppelt geschadet, einerseits in dem sie
259 eher betroffen werden und auf Hilfe angewiesen sind und andererseits weil diese
260 Form der Sozialpolitik kostenintensiver ist und über Steuern und Abgaben von
261 allen mitfinanziert werden muss.

262 Gerade im Bereich der Armutsbekämpfung liegt ein Hauptaugenmerk auf der
263 Linderung von Armutserscheinungen. Fehlgeleitete Arbeitsmarkt-, Sozial- aber
264 auch Familienpolitik führen zu manifester und langfristiger Armut bei
265 Betroffenen. Finanzielle Unterstützungen leisten dabei keinen Beitrag, die
266 Betroffenen wieder zurück in die Erwerbstätigkeit zu führen und damit auf
267 eigenen Beinen zu stehen. Die konservative Landespolitik schränkt insbesondere
268 die Möglichkeiten von Frauen in Vorarlberg ein, am Arbeitsmarkt aktiv zu sein
269 und führt damit zu Familien- und Kinderarmut und/oder langfristig zu
270 Altersarmut.

271 Auch Gerechtigkeitsfragen bleiben ungelöst, sodass nicht immer klar ist, ob jene
272 Leistungen erhalten, die sie wirklich brauchen, oder jene die meiste
273 Unterstützung erhalten, die sich im System am besten auskennen. Fehlende
274 Bedarfsprüfungen und parallele Leistungen setzen Anreize, die einem
275 selbstbestimmten, unabhängigen Leben entgegenstehen und damit die
276 Selbsterhaltungsfähigkeit einschränken. Diese Fehlkonstruktionen entsprechen
277 gerade in der Gesundheitsversorgung und in der Pflege oft nicht den Bedürfnissen
278 der Betroffenen, da sie beispielsweise mit langen Wartezeiten verbunden sind
279 oder die wohnortnahe bzw. häusliche Betreuung und Pflege nicht gewährleistet
280 sind. Gleichzeitig fehlen wesentliche Institutionen, um Menschen in den
281 Arbeitsmarkt zu bringen, dort zu halten und damit langfristig sicherzustellen,
282 dass sie auf eigenen Beinen stehen können. Diese Fehlkonstruktionen der sozialen
283 Absicherungsnetze führen schlussendlich zu vermeidbaren Härtefällen

284 Wie können wir diese Herausforderungen lösen?

285 **Präventive Sozialpolitik**

286 Vorarlberg braucht eine nachhaltige Absicherung der Sozialsysteme, um einerseits
287 dem demographischen Wandel zu begegnen und andererseits mit der technischen
288 Entwicklung Schritt zu halten. Diese langfristige Tragfähigkeit schaffen wir
289 nur, wenn wir zu einer präventiven Sozialpolitik wechseln. Das bedeutet, dass
290 Menschen eine soziale Infrastruktur vorfinden, die verhindert, dass sie in
291 soziale Notlagen kommen. So schützen wir Menschen vor zukünftiger Betroffenheit
292 und Abhängigkeit, indem möglichen Gesundheits-, Sozial- oder
293 Arbeitsmarktproblemen frühzeitig entgegengewirkt wird.

294 **Effektive Formen der Gesundheitsversorgung**

295 Wesentlich für ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben ist die Gesundheit.
296 Gerade die Primärversorgung muss hier auf neue Beine gestellt werden. Das System
297 mit klassischen Haus- bzw. Gemeindeärzten ist ein Auslaufmodell, das teuer und
298 ineffizient ist. Es geht dabei um neue Organisationsformen in der
299 Primärversorgung, die eine niederschwellige und hochwertige Betreuung der
300 Menschen gewährleistet, dabei aber auch den sich ändernden Gegebenheiten im
301 Gesundheitsbereich gerecht wird. Gleichzeitig können diese neuen Formen die
302 Wartezeiten für die Betroffenen reduzieren und damit das Vertrauen in das
303 Gesundheitssystem stärken.

304 Mit der Umstellung im niedergelassenen Bereich geht ein Ausbau tagesklinischer
305 Angebote einher, was Krankenhäuser entlastet, Kosten spart und gleichzeitig
306 Ärzt_innen näher zu den Patient_innen bringt. Damit können die Krankenhäuser
307 effizienter und an internationalen Standards orientiert besser arbeiten und
308 zielgerichtet auf das Erreichen dieser Standards eingewirkt werden (Bench-
309 Marking). Um die Qualität und die Effizienz gleichermaßen zu erhöhen, sind die
310 Krankenhäuser gefordert, entsprechend ihrer Funktion Schwerpunktsetzungen
311 vorzunehmen.

312 **Neue Pflegestrategie**

313 Eine der größten Herausforderungen stellt zweifelsohne der Bereich Pflege dar.
314 Präventive Maßnahmen in diesem Bereich kommen nicht nur aus einer veränderten
315 Primärversorgung im Gesundheitsbereich, sondern zielen zusätzlich darauf ab, mit
316 Tipps und Hilfestellungen älteren Menschen zu ermöglichen, möglichst lange
317 selbstständig und selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben zu können. Das
318 bedeutet aber auch, dass im Falle einer intensiveren Pflege, diese vorrangig
319 weiter in den eigenen vier Wänden geschehen können muss und damit eine klare
320 Priorität vor Heimbetreuung haben soll. Damit wird die Ausrichtung der Pflege
321 den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht. Bestehende örtliche Strukturen spielen
322 in der Umsetzung dieser neuen Pflegestrategie eine Schlüsselrolle und helfen
323 auch der ambulanten Pflege den Stellenwert einzuräumen, der dieser zusteht.

324 **Ausreichende soziale Absicherung**

325 Neben der eigenen Gesundheit ist eine ausreichende soziale Absicherung durch ein
326 angemessenes Einkommen wesentlich für gesellschaftliche Teilhabe und Teilhabe am
327 Wohlstand. Wesentlich für diese Teilhabe ist die eigenverantwortliche
328 Partizipation am Arbeitsmarkt. Die eigene Leistungsfähigkeit einzufordern und
329 anzuerkennen ist eine Grundsäule einer sozialen Marktwirtschaft und einer
330 solidarischen Gesellschaft. Gleichzeitig ist klar, dass das eigenständige
331 Erzielen von Einkommen nicht für alle möglich ist und Menschen immer wieder in
332 Notsituationen landen, in denen sie die Solidarität und Hilfe der Gemeinschaft
333 brauchen. Dafür sind dichte und sichere soziale Absicherungsnetze besonders
334 wichtig. Diese müssen darauf bedacht sein, menschenwürdiges Leben zu
335 ermöglichen, das vor sozialer Exklusion schützt. Diese Systeme müssen dem Ziel
336 dienen, dass Menschen wieder auf eigenen Beinen stehen können. Was einen Anreiz
337 setzt, nicht oder weniger zu arbeiten, gehört reduziert. So müssen strikte
338 Zuverdienstgrenzen durch flexible Möglichkeiten ersetzt werden.

339 **Vorausschauende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik**

340 Eine vorausschauende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik bekämpft Armut in allen
341 Lebenslagen. Ein wesentlicher Schlüssel für armutsgefährdete Familien ist, neben
342 finanziellen Unterstützungsleistungen, die Erwerbstätigkeit von Müttern. Diese
343 muss durch eine entsprechende Infrastruktur ermöglicht und nicht durch
344 konservative Politik verhindert werden. Die Wahlfreiheit von Frauen tatsächlich
345 zu erhöhen, ist unumgänglich, um Altersarmut nachhaltig zu reduzieren und die
346 Unabhängigkeit und Selbstbestimmtheit von Frauen zu verstärken.

347 Diese skizzierte Sozialpolitik kann nur durch eine bessere Organisation und
348 Vernetzung der entsprechenden Stellen funktionieren. Multiple Problemlagen
349 (Einkommensprobleme durch Erwerbslosigkeit, gesundheitliche Probleme,
350 Kinderbetreuungspflichten etc.) können und dürfen nicht getrennt voneinander
351 betrachtet werden. Das reduziert nicht nur Kosten, sondern erzielt auch bessere
352 Ergebnisse im Sinne der Betroffenen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch,
353 dass Sozialleistungen bestmöglich an einer Stelle zusammengeführt werden und so
354 ein bürokratischer Hürdenlauf von Bedürftigen reduziert werden kann.

355 **Wirtschaft & Innovation**

356 Ein Standort im internationalem Wettbewerb, insbesondere in direkter
357 Nachbarschaft zu Liechtenstein, der Schweiz und dem süddeutschen Raum ist
358 Herausforderung und Chance zugleich. Nur ein pulsierender Wirtschaftsstandort
359 sichert Wohlstand und ermöglicht, langfristig soziale Errungenschaften zu
360 erhalten. Wer Wettbewerb und Innovation als Bedrohung abtut, steht einer
361 positiven Entwicklung und Absicherung unseres Lebensstandards im Weg.
362 Abschottungstendenzen und Protektionismus jeglicher Art schaffen keinen
363 Fortschritt, sondern lassen Vorarlberg zurückfallen.

364 Wesentliche Ressourcen für das Ländle sind das Wissen und die Fachkenntnisse der
365 Vorarlberger_innen. Die passende Besetzung von offenen Stellen ist ein
366 Dauerthema, wobei zu beachten ist, dass die Attraktivität der Nachbarn ständige
367 Innovation und Verbesserung erfordert. Nur mit Fachwissen und Fachkräften können
368 technologische Fortschritte bewältigt werden. Die Digitalisierung ist der größte
369 wirtschaftliche Wandel der Gegenwart und der Zukunft. Doch leider ist dieser in
370 der Landesverwaltung noch nicht angekommen ist.

371 Gleichzeitig wird verhindert, dass sich die vorhandenen Potenziale entfalten
372 können. Bürokratische Vorgaben verbrauchen nicht nur unglaublich viel
373 Arbeitszeit, sondern reduzieren auch die Motivation. Zudem verhindern unnötige
374 Auflagen und finanzielle Risiken, dass sich Vorarlberger_innen unternehmerisch
375 betätigen oder sich bestehende Unternehmen weiterentwickeln können.

376 Die gegenwärtige Standortpolitik betont mit ihren Förderungen oftmals
377 Rahmenbedingungen, die weder nachhaltig noch innovativ sind. Insbesondere in der
378 Landwirtschaft haben Fördervorgaben Abhängigkeiten produziert und beispielsweise
379 eine Viehzucht entwickelt, die langfristig weder für Mensch noch Tier annehmbar
380 ist. Potenziale in der Zusammenarbeit mit Tourismus und Gastronomie werden für
381 eine nachhaltige Landwirtschaft unzureichend genutzt.

382 Auch im Tourismus finden keine Innovationen statt. Ausgearbeitete
383 Tourismusstrategien beinhalten zahlreiche Absichtserklärungen, die entweder gar
384 nicht oder nur unzureichend umgesetzt wurden. Damit ist es auch nicht
385 verwunderlich, dass geplante budgetäre Aufstockungen nie umgesetzt wurden – sehr
386 zum Nachteil einer langfristigen Tourismusstrategie.

387 Wie können wir diese Herausforderungen lösen?

388 **Soziale Marktwirtschaft als Wohlstandsgarant**

389 Die Vorarlberger Wirtschaft muss sich an sich ständig ändernde Herausforderungen
390 und Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb anpassen. Dafür sind
391 innovative Unternehmer_innen wesentlich, die sich nicht scheuen, Trends und
392 Entwicklungen mutig mitzugestalten. Aufgabe der Politik und der Verwaltung ist
393 es, Rahmenbedingungen zu schaffen, sich aber weitestgehend aus wirtschaftlichen
394 Abläufen herauszuhalten. Wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft, die auf
395 einen fairen Wettbewerb als Grundlage gesellschaftlichen Wohlstands baut.

396 **Abbau der Bürokratie**

397 Hauptaugenmerk der Politik muss darauf liegen, dass sich Unternehmer_innen auf
398 ihr Geschäft konzentrieren können und sich nicht vorrangig mit bürokratischen
399 Vorgaben herumschlagen müssen. Das setzt Ressourcen frei, die für produktive
400 Tätigkeiten eingesetzt werden und damit den Wirtschaftsstandort nachhaltig
401 stärken. Um langfristig die bürokratischen Hürden zu reduzieren, muss für jede
402 zusätzliche Vorschrift mindestens eine andere Hürde aufgehoben werden (one in,
403 one out). Gleichzeitig muss eine Digitalisierungsoffensive der Verwaltung
404 ermöglichen, dass behördliche Vorgänge schneller, einfacher und damit
405 effizienter zu erledigen sind.

406 **Digitalisierung als Chance**

407 Die Unternehmen selbst brauchen Rahmenbedingungen, um die Digitalisierung zu
408 meistern und damit die Chance zu haben, an die Weltspitze zu kommen bzw. dort zu
409 bleiben. Das bedeutet nicht nur eine Anbindung des ganzen Landes an einen
410 leistungsstarken Datenhighway, sondern auch grundsätzliche Möglichkeiten der
411 verstärkten Vernetzung, sei dies durch bessere Verkehrsanbindungen, oder durch
412 die Möglichkeit eines freien und fairen (Außen-)Handels.

413 **Unternehmergeist für mehr Innovationskraft**

414 Wettbewerb macht einen Wirtschaftsstandort stärker, denn Wettbewerb bewirkt
415 Fortkommen und Weiterentwicklungen. Wesentlicher Motor für Innovation sind
416 Start-ups, Jungunternehmer_innen und Gründer_innen. Dieser Unternehmergeist muss
417 an einem erfolgreichen Wirtschaftsstandort gefördert werden. Neben
418 unbürokratischen Unternehmensgründungen ist insbesondere der Zugang zu
419 Risikokapital von größter Bedeutung. Die Bereitstellung dieser Mittel ist
420 ausschlaggebend für die Innovationskraft der Wirtschaft.

421 **Fachkräftemangel vernünftig beheben**

422 Für den Erfolg des Vorarlberger Wirtschaftsstandortes braucht es stetig
423 gutausgebildete Fachkräfte. Die duale Ausbildung stellt dabei einen wesentlichen
424 Grundpfeiler dar, um diesen Bedarf zu decken. Doch auch die Lehre muss sich an
425 Veränderungen anpassen können. Der Grundstein für anpassungsfähige Fachkräfte
426 wird nicht nur in der Schule, sondern auch in der Lehre gelegt. Doch nicht der

427 gesamte Bedarf an Fachkräften kann durch Vorarlberger_innen gedeckt werden,
428 weshalb die Zuwanderung von Fachkräften notwendig für einen modernen
429 Wirtschaftsraum ist. Dieser Form der Migration muss eine bedeutendere Rolle
430 zuerkannt werden und entsprechende Auflagen praxisnahe und unbürokratisch
431 gestaltet werden.

432 **Neue Wege in der Landwirtschaft**

433 Das ausgeprägte Förderwesen ist durch Doppel- und Mehrgleisigkeiten nicht nur
434 intransparent und ineffizient, sondern steht Innovationen und nachhaltigen
435 Lösungen immer wieder im Weg. Dies wird gerade in der Landwirtschaft besonders
436 deutlich, wo das Förderwesen eine fragwürdige Form der Viehwirtschaft
437 hervorgebracht hat. Die Förderstruktur muss deshalb für eine artgerechte,
438 standortangepasste Tierhaltung sowie einen ökologischen und nachhaltigen
439 Kulturpflanzenbau angepasst werden. Diese Umstellung des Förderwesens muss mit
440 klarer Qualitätskennzeichnung einhergehen und soll in einer starken Kooperation
441 der Vorarlberger Landwirtschaft und Gastronomie münden.

442 **Leuchtturmprojekte für den Tourismus**

443 Im Tourismus braucht es mehr Engagement und Kompetenz in der Umsetzung der
444 selbst auferlegten Projekte. Dazu wäre es hilfreich die Kompetenzen stärker zu
445 bündeln und von der reinen Verwaltung in eine innovative Umsetzung zu kommen.
446 Digitalisierung des Tourismus, Mitarbeiter_innen-Aktivierung und eine
447 Ausbildungsoffensive sind das Pflichtprogramm. Für eine langfristige positive
448 Entwicklung braucht der Vorarlberger Tourismus aber Leuchtturmprojekte, die
449 nicht nur lokale, sondern regionale und landesweite Strahlkraft haben.

450 **Lebensraum & Ressourcen**

451 Vorarlberg ist ein einzigartiger Lebensraum und bietet eine hohe Lebensqualität.
452 Die unverwechselbare Natur und Umwelt sind nicht nur ein identitätsstiftendes
453 Element, sondern eine der wichtigsten Ressourcen für unsere Zukunft.
454 Verschiedene Fehlentwicklungen gefährden jedoch die hohe Lebensqualität und die
455 intakte Umwelt.

456 Aufgrund der steigenden Bevölkerungszahl müssen immer mehr Menschen auf
457 beschränktem Grund und Boden Platz finden. Die Raumplanungspolitik wird diesem
458 drängenden Aspekt nicht gerecht. Einerseits werden bestehende Siedlungsflächen
459 unzureichend genutzt und damit der Bedarf an Bauflächen weder für Wohnzwecke,
460 noch für Unternehmen ausreichend gedeckt. Andererseits haben Gemeinden in der
461 Raumplanung zu wenig Anreize auf die Folgen ihres Handelns in einem regionalen
462 oder landesweiten Kontext zu achten. Dies führt schlussendlich nicht nur zu
463 extrem hohen Grundstückspreisen, sondern auch zu großen Verkehrsproblemen, deren
464 Lösungen seit Jahrzehnten auf sich warten lassen.

465 Durch eine unzureichende Mobilisierung und Bebauung von Bauflächen wird Wohnen
466 immer teurer und der Traum des Eigenheimes ist für viele Vorarlberger Familien

467 unerschwinglich. Überbordende Regulierungen machen nicht nur das Bauen unnötig
468 teuer, sondern verhindern auch, dass das Angebot im Wohnraum steigt – das heizt
469 die Kosten zusätzlich an. Fördermaßnahmen von Seiten des Landes gehen dabei oft
470 ins Leere, oft auch wegen des sehr hohen bürokratischen Aufwands.

471 Doch nicht nur die Vorarlberger Bürger_innen brauchen Wohn- und Erholungsräume,
472 auch Unternehmen brauchen Platz. Unternehmen haben aufgrund jahrzehntelang
473 fehlgeleiteter Raumplanungspolitik immer größere Probleme sich in Vorarlberg
474 niederzulassen oder zu wachsen. Diese Entwicklung ist alarmierend und eine
475 Gefahr für den Wirtschaftsstandort. Weniger oder im Wachstum behinderte
476 Unternehmen bedeuten einen Verlust von Arbeitsplätzen und damit Wohlstand.

477 Diese raumplanerischen Fehler zeigen sich auch in ungelösten Verkehrsproblemen,
478 die vom Land nicht ernstgenommen werden. Jahrzehntlang wurden wichtige Projekte
479 auf die lange Bank geschoben. Die Interessen von Anrainer_innen blieben auf der
480 Strecke und Belastungen für die gesamte Bevölkerung waren die Folge. In der
481 Vergangenheit präsentierte Mobilitätskonzepte vernachlässigten
482 grenzüberschreitende und vernetzte Lösungen, was die Verkehrsproblematik weiter
483 verschärft und innovative Lösungen abseits von klimaschädlichen
484 Verbrennungsmotoren verhindert hat.

485 Die Belastung der Umwelt hat die negativen Auswirkungen auf das Klima verstärkt.
486 Das bringt nachhaltig die Grundlage unseres Wohlstandes in Gefahr. Statt die
487 begrenzte Verfügbarkeit von Ressourcen deutlich und spürbar zu machen, wird
488 unverantwortliches Handeln unzureichend sanktioniert. Bei Eingriffen in die
489 Natur und in den direkten Lebensraum von Bürger_innen, haben diese aufgrund
490 intransparenter Bürokratie und Verfahren, oft den Eindruck, dass ihre Interessen
491 nicht ernstgenommen werden.

492 Wie können wir diese Herausforderungen lösen?

493 **Überregionale Raumplanung für eine nachhaltige Standortpolitik**

494 Vorarlberg ist Lebens- und Wirtschaftsraum zugleich. Diese Interessen müssen
495 miteinander vereint werden. Sparsamer Verbrauch und Nutzung von Ressourcen sowie
496 eine nachhaltige (Energie-)Produktion müssen im Zentrum einer
497 zukunftsgerichteten Politik stehen. Dafür braucht es die richtigen Instrumente
498 und eine strategische Planung. Wesentlich dafür ist vielen Bereichen eine
499 funktionierende überregionale Raumplanung. Es braucht ein landesweites Konzept,
500 insbesondere um großräumigen Verkehrsproblemen zu lösen und die Mobilisierung
501 und effiziente Nutzung von Siedlungsflächen sicherzustellen. Nur so wird auch
502 der effektive Schutz bestehender Naturräume garantiert.

503 Damit eine landesweite Raumplanung überhaupt entstehen kann, muss vor allem die
504 interkommunale Zusammenarbeit nicht nur verstärkt, sondern gerade in
505 Raumplanungsfragen verpflichtend stattfinden. Das muss auch mit einer
506 wichtigeren Rolle der Regionalplanungsgemeinschaften einhergehen, aber auch das
507 Land muss Verantwortung übernehmen. Es darf nicht länger möglich sein, dass
508 kommunale raumplanerische Entscheidungen, regionale Konzepten und Vorhaben zu

509 Nichte machen. Die fragwürdigen Anreize der Kommunalsteuer für die kommunale
510 Raumplanung können über einen interkommunalen Ausgleich ausgeglichen werden.
511 Dadurch können Gemeinden, deren einseitige raumplanerische Tätigkeit negative
512 Auswirkungen auf umliegende Gemeinden hat, dieses Fehlverhalten spürbar gemacht
513 werden.

514 **Leistbares Wohnen**

515 Raumplanung steht auch in einem direkten Zusammenhang mit der Schaffung von
516 Wohnraum. Dabei muss eine Balance zwischen Ausdehnung der Siedlungsflächen für
517 genügend Wohnraum und Bewahrung von Naherholungs- und Naturräumen gefunden
518 werden. Eine Verdichtung der Bauweise ist hier wesentlich. Ebenso braucht es
519 eine effektivere Mobilisierung von Bauflächen innerhalb der bestehenden Gebiete,
520 dabei dürfen aber individuelle Eigentumsrechte nicht untergraben werden. Mit
521 ausreichend Angebot am Wohnungs-Grundstücksmarkt können Preise im Rahmen
522 gehalten werden. Um mehr Angebot zu schaffen, müssen auch die Vorgaben im Miet-
523 und Baurecht weniger bürokratisch werden. Das Land kann hier ebenfalls direkt
524 unterstützen, indem die Wohnbauförderung zielgerichteter eingesetzt wird.

525 **Innovative Verkehrspolitik**

526 Ebenso wenig wie Raumplanung macht Verkehrsplanung an Gemeindegrenzen Halt. Die
527 Anbindung an das benachbarte bzw. internationale Straßen- und Schienennetz ist
528 eine wesentliche Herausforderung für ein vernetztes Vorarlberg. Ohne
529 leistungsfähige Schienen- und Autobahnanbindung an die Schweiz bzw. Deutschland,
530 kann sich Vorarlberg nicht weiterentwickeln. Es braucht zudem eine optimale
531 Anpassung verschiedener Mobilitätsarten auf einander. Damit kann auch der
532 öffentliche Personennahverkehr an die verschiedenen Bedürfnisse, lokale
533 Gegebenheiten und individuellen Mobilitätsmöglichkeiten angepasst werden.

534 In der Verkehrspolitik ist eine grundsätzliche Technologie- und
535 Zukunftsoffenheit wesentlich. Nur eine solche Offenheit erlaubt es auf
536 Veränderungen in der Mobilität und neuen Herausforderungen besser gerecht zu
537 werden. Die Abkehr vom fossilen Brennstoffen und Weiterentwicklung zu einer
538 umwelt- und klimafreundlichen Mobilität muss im Zentrum einer nachhaltigen
539 Klimapolitik des Landes stehen. Dafür muss das Land auch bereit sein innovative
540 Mobilitätskonzepte zu ermöglichen, die neben Straße und Schiene, neue Wege des
541 Personen- und Warenverkehrs ermöglichen.

542 **Ambitionierter Klima- und Naturschutz**

543 Die Offenheit gegenüber innovativen Lösungen und neuen Technologien ist auch in
544 Energiefragen zur Erreichung ambitionierter Klimaziele notwendig. Für einen
545 nachhaltigen Umbau der Energieversorgung braucht es deshalb ein Zusammenspiel
546 öffentlicher und privater sowie dezentraler und zentraler Energieerzeugung.

547 Neben einem nachhaltigen Umgang mit Grund und Boden, klimafreundlicheren
548 Mobilität und einer ernst gemeinten Energiewende, braucht es ein klares
549 Bekenntnis zu einem umfangreichen Naturschutz. Bestehende Naherholungsräume,

550 Lebensräume für Tiere und Pflanzen müssen bewahrt werden, um die intakte Natur
551 Vorarlbergs sicherzustellen. Oberste Priorität ist, die Sicherheit und Qualität
552 verschiedener natürlicher Ressourcen wie Wasser für die gesamte Vorarlberger
553 Bevölkerung zu bewahren. Umfangreiche Eingriffe dürfen nicht ohne ausreichende
554 und sinnvolle Beteiligung der Bürger_innen über die Bühne gehen.